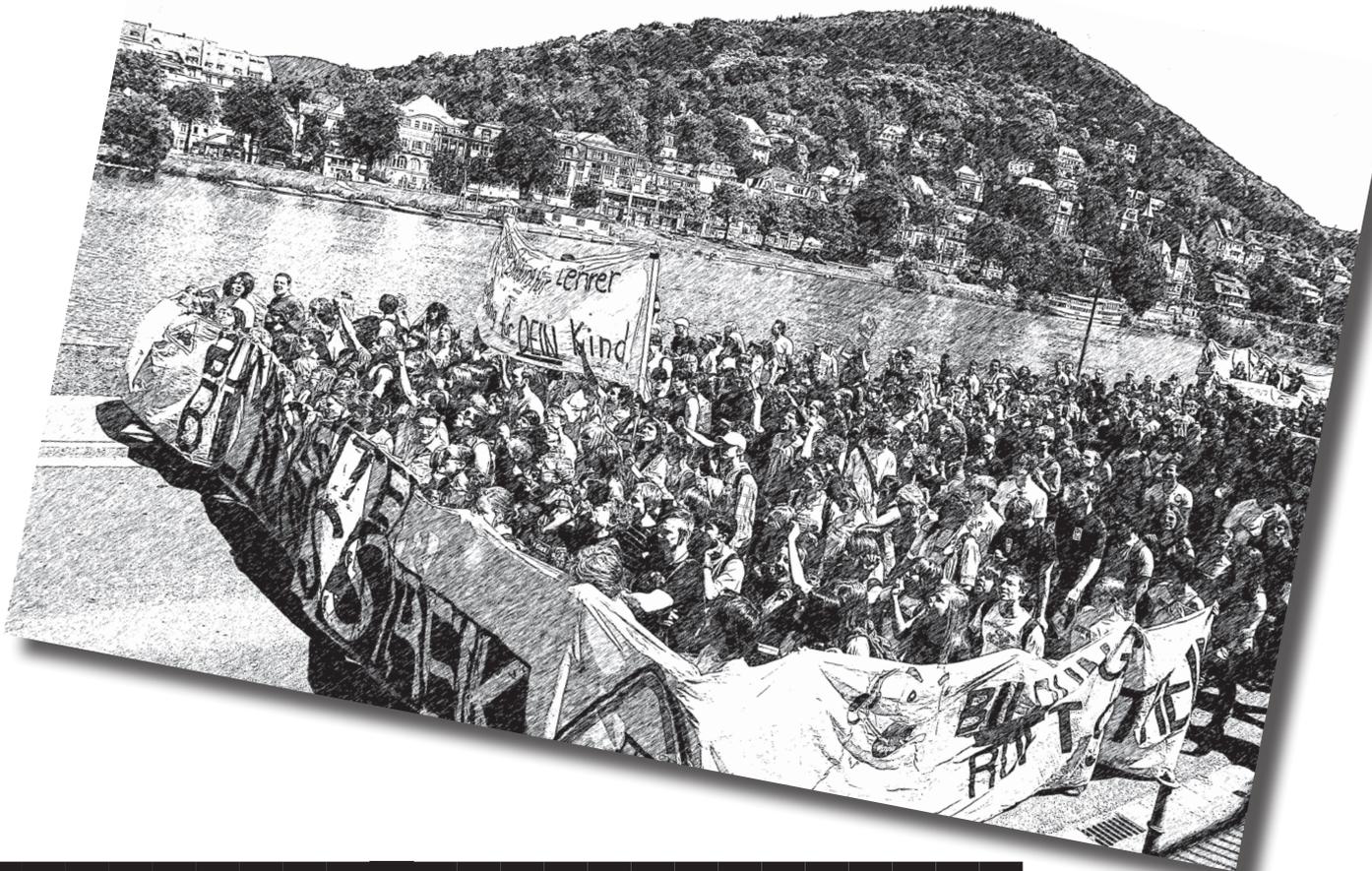


unimut

ZEITUNG [an] DER UNI HEIDELBERG



Themenheft Bildungsstreik

Er kam . . .

und zwar mit Macht. Der Bildungsstreik übertraf allen bildungspolitischen Protest der letzten Jahre. 240.000 Menschen beteiligten sich bundesweit an den Protesten (Seite 2). Themen wie der Bologna-Prozess (Seite 14) oder die Ökonomisierung der Bildung (Seite 3) fanden in bisher nicht gekanntem Umfang Eingang in die öffentliche Debatte. Forderungen, wie die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen (Seite 13), erhielten breite Unterstützung in der Gesellschaft.

In Heidelberg, dem „Basislager des studentischen Protests“ (FAZ) besetzten nach einer Demo mit 7.000 Menschen (Seite 5), Studierende über drei Tage das Rektorat (Seite 6) der Universität.

Und während Rektor Eitel „alle Möglichkeiten zum Dialog mit den Besetzern ausgeschöpft“ hat, finden wir der Dialog müsste überhaupt erst beginnen...

die redaktion

Bildungsstreik im ganzen Land

Protest- und Aktionswoche in über 100 Städten

Die Bildungsproteste der letzten Jahre waren verteilt und zerstreut. Zum ersten Mal hat es der „Bundesweite Bildungsstreik 2009“ geschafft, das Thema Bildung breit an die Öffentlichkeit zu tragen und sich dabei nicht auf einzelne Bildungseinrichtungen zu beschränken. An Hochschulen, Schulen, Kindertagesstätten, Ausbildungsbetrieben und auf der Straße fanden vom 15.-20. Juni inhaltliche Auseinandersetzungen und vielfältiger Protest statt. Am 17. Juni demonstrierten 280.000 Menschen für ein besseres Bildungssystem.



Die Projektgruppe Bildungsstreik 2009“ hatte sich im letzten Dezember als Reaktion auf die großen Schulstreiks und auf eine Initiative aus Heidelberg hin bei einem bundesweiten Treffen in Kassel zusammengefunden. Ziel war es, in einer bundesweiten Aktions- und Protestwoche die einzelnen Missstände an Bildungseinrichtungen und strukturelle Probleme im Bildungswesen gemeinsam deutlich zu machen und Veränderungen durch prägnante Aktionen einzufordern.

Eine Woche nach dem Bildungsstreik zeigen sich die Initiatoren begeistert. „Dass die Idee auf einen so fruchtbaren Boden fällt, hatten wir gehofft. Dass nun aber in über 100 Städten Aktionen stattgefunden haben und eine derart große Bewegung entstanden ist, hat mich ehrlich gesagt doch überrascht“, sagt Sebastian von der Kritischen Initiative Heidelberg.

Als in der Woche vor dem Bildungsstreik der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske zur bundesweiten Pressekonferenz erschien und den Bildungsstreik „von ganzem Herzen“ unterstützte, war jedenfalls ein Teilziel erreicht: Alle großen Gewerkschaften unterstützten den Bildungsstreik und die Ankündigung fand Resonanz in bundesweiten und regionalen Medien. Die Öffentlichkeit war gespannt auf das, was die junge Generation da auf die Beine stellen würde, diese Generation, die nach einer Konstanzer Studie überwiegend unpolitisch eingestellt sein soll.

Schon am Montag fanden zahlreiche Aktionen statt. In über 15 Städten entstanden CampusCamps, es fanden Flashmobs und Kundgebungen statt und Universitätsgebäude wurden besetzt. Erste inhaltliche Beiträge zum BA/MA-System, zum achtjährigen Abitur und zu Studiengebühren, sowie zahlreiche Vorträge und alternative Seminare fanden ihren Platz. Die bundesweite Presse blieb zurückhaltend, während regionale Medien verstärkt berichteten. Vor Ort wurde schnell klar, dass sich diesmal nicht nur die üblichen Verdächtigen, sondern ein breites Bündnis aus Lehrenden, Lernenden, Eltern und sozialen Gruppen wirklich Gedanken gemacht hatte und eine große Mobilisierung stattgefunden hatte.

Spätestens als am Mittwoch nach ersten Angaben über 240.000 Menschen in

ganz Deutschland demonstriert hatten, der Mainzer Landtag gestürmt wurde, die Bielefelder Innenstadt stundenlang lahm lag, das Sächsische Wissenschaftsministerium belagert und ein Gespräch mit der Ministerin erwirkt, sowie weitere Universitätsgebäude besetzt wurden, um dort alternative Lehrveranstaltungen und Diskussionsplena abzuhalten, war der Bildungsstreik zu einer kraftvollen, bundesweiten Bewegung herangewachsen. Neben Leitartikeln zum Bildungssystem, Talk-Shows und „Thema der Woche“-Sendungen in Radio und Fernsehen, gab es Reaktionen von Lehrerverbänden, Parteien und Bildungspolitikern. Im Laufe der Woche entstand eine gesellschaftspolitische Debatte über Bildung, die – abgesehen von Sonntagsreden über die einzige Ressource Deutschlands – in diesem Ausmaß in den Jahren zuvor nicht stattgefunden hatte. Donnerstags fanden in über 10 Städten symbolische Banküberfälle statt, um den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und marodem Bildungssystem herzustellen und auf politische Priorisierung von Bildung zu drängen. Doch es ging nicht nur um Bildungsfinanzierung, sondern auch um strukturelle Veränderungen. „Eine Gesellschaft mit einem der selektivsten Bildungssysteme, welches Lernende nicht dazu befähigt, sich kritisch mit vermittelten Inhalten auseinander zu setzen, ist keine Demokratie!“, fasst Mo Schmidt aus Marburg die grundlegende Stoßrichtung zusammen. „Der Kampf für ein alternatives Bildungssystem ist ein

Kampf für eine wahrhafte Demokratie, deswegen geht Bildung uns alle an.“

Vor Ort kam es zu zahlreichen Veränderungen an den einzelnen Bildungseinrichtungen und es entstanden Kommissionen, überall wurde die Debatte über Veränderungen und Verbesserungen neu entfacht. Lehrende und Lernende machten sich gemeinsam grundlegende Gedanken, Schülerinnen, Schüler und Studierende drückten ihren Unmut über die Missstände in Aktionen aus und artikulierten ihre eigenen, selbst erarbeiteten Vorstellungen von Bildung. Ob auf diese grundlegende Auseinandersetzung um Bildung an der Basis weitreichende Veränderungen auf der großen Ebene folgen, bleibt bisher jedoch abzuwarten.

Zumindest was die Bologna-Reformen in Deutschland angeht, scheint ein Umdenken stattzufinden – Bildungsministerin Schavan hat für den 7. Juli zu einer

„Bologna-Konferenz“ eingeladen. Niemand verteidigt mehr ernsthaft den status quo in Sachen Studienreform. Was jedoch die soziale Öffnung, die Demokratisierung und die Ausstattung angeht, sind Veränderungen bisher nicht abzusehen. Es wird an den Betroffenen liegen, ob sie die Geduld und Ausdauer haben, dran zu bleiben. Der Bildungsstreik hat im Vorwahlkampf ein deutliches Zeichen gesetzt und darüber hinaus viele Menschen mobilisiert, sich mit ihrem konkreten Umfeld auseinanderzusetzen, für ihre Interessen zu streiten und Erfolge zu erzielen. „Aus 30 Aktiven in Heidelberg sind innerhalb von einer Woche mehrere hundert geworden, die sich dauerhaft engagieren wollen“, freut sich Sophia von der Fachschaft Kunstgeschichte Heidelberg. Ob sich in Zukunft am Bildungssystem etwas ändert liegt nun nicht mehr nur noch in der Hand der Verantwortlichen in Politik und Hochschule, sondern an den Betroffenen. Wenn sie den Druck aufrecht erhalten und weiter am Ball bleiben, kann sich wirklich etwas verändern. Der Bundesweite Bildungsstreik war ein großer erster Schritt hin zu einem gerechten, demokratischen und emanzipatorischen Bildungssystem – nicht mehr und nicht weniger.

Von Michael Kolain

Wirtschaftslogik an der Universität – Die deregulierte Hochschule

Die deregulierte Hochschule ist zwar nur ein singuläres Projekt, das für fünf Hochschulen (Uni Heidelberg, Uni Göttingen, TU München, TU Darmstadt und TU Dresden) gilt, gleichzeitig ist es aber auch ein Symptom für die Entwicklung der Hochschullandschaft überhaupt, nicht umsonst heißen die fünf Hochschulen „Modellhochschulen“. Möglich gemacht wurde die Umsetzung dieses Projekts durch die gravierenden Änderungen der Landeshochschulgesetze (LHG) 2002, die den Staat zunehmend aus der Verantwortung nahmen. Die Idee zu ‚Die deregulierte Hochschule‘ ist bereits aus der Arbeit von ‚Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft‘ und ‚Heinz Nixdorf Stiftung‘ 1994 im Zuge eines Symposiums mit dem Titel „Hochschulreform durch Leistungswettbewerb und Privatisierung?“ entstanden, konnte aber bis zu den Änderungen der LHG nicht umgesetzt werden. Hauptpunkte waren damals wie heute, den Leistungswettbewerb der Hochschulen als Ordnungsprinzip festzusetzen und Hochschulen wie Wirtschaftsbetriebe agieren zu lassen. 2,5 Millionen Euro ist es dem ‚Stifterverband‘ und der ‚Heinz Nixdorf Stiftung‘ wert, die fünf Hochschulen „bei ihrer Entwicklung zu autonomen Institutionen zu unterstützen“.

Von Autonomie – griechisch *autónomos*, sich selbst Gesetz gebend – im vollen Wortsinne kann man hierbei jedoch kaum sprechen: Zwar soll die Universität unabhängig von staatlichen Interessen agieren können, doch nicht von wirtschaftlichen. Vielmehr soll die Hochschule einer wirtschaftlichen Logik der Effizienz, Gewinnmaximierung und Wertschöpfung von Wissen

unterworfen werden, also einer Fremdgesetzgebung: das ist – und jetzt im vollen Wortsinne – Heteronomie.

In den Leitlinien des Projekts ‚Die deregulierte Hochschule‘ ist von einem „Paradigmenwechsel hin zu einer stärkeren Transfer- und Produktorientierung bzw. kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen“ die Rede; dies bedeutet, dass Wissenschaft und Forschung nicht mehr frei sein, sondern immer auf einen Zweck und Nutzen hin ausgerichtet werden sollen. Das Wesen von Wissenschaft besteht aber gerade darin, dass vorher noch nicht klar ist, zu welchen Ergebnissen Forschen führt, geschweige denn, was dessen Zweck sein wird. Durch die „Erschließung externer Finanzquellen“ aus der Privatwirtschaft, wächst auch der Einfluss derselben auf die Forschung, der dann nur noch eine zweckgebundene Förderung zuteil wird.

Die Leitlinien für ‚Die deregulierte Hochschule‘ empfehlen weiter, die Hochschulen über die Höhe ihrer Studiengebühren frei entscheiden zu lassen: „Differenzierte Studienbeiträge sind ein elementares Instrument im Wettbewerb um Studienqualität“. Bildung soll demnach zu einem käuflichen Gut werden, das man in verschiedenen Qualitätsklassen erwerben kann. An welcher Uni und welches Fach man in Zukunft studiert, wird wohl eher der Geldbeutel oder die



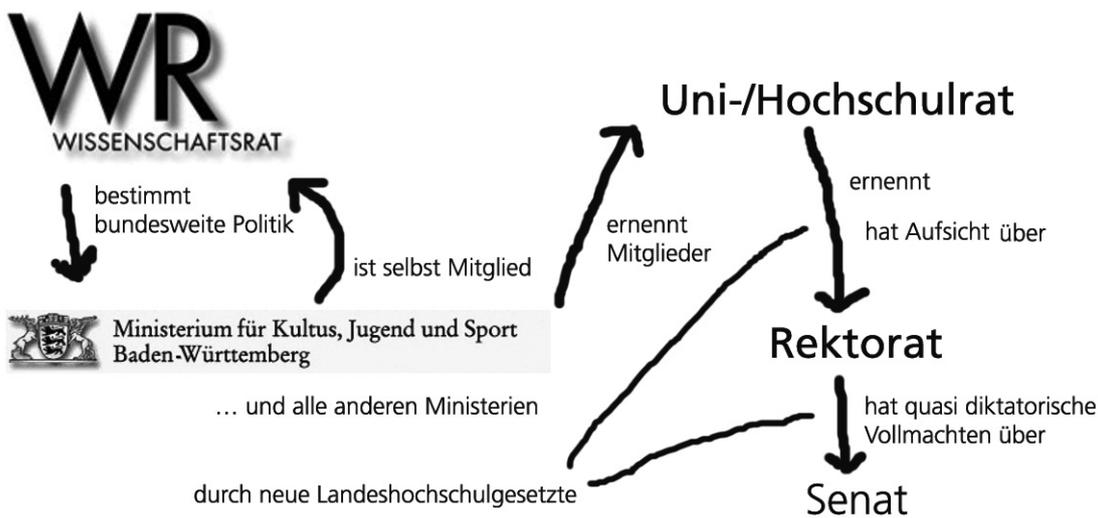
Kreditwürdigkeit/-freudigkeit entscheiden, als Interesse und Fähigkeiten.

Die Vorstellung, dass Menschen von Natur aus arbeitsscheu sind und durch äußere Lock- und Zwangsmittel in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden müssen, schlägt sich nicht nur in den ‚neuen‘ BA/MA Studiengängen (Zwang durch Kontrolle als Prinzip) für die Studierenden nieder, sondern auch für die Lehrenden anhand der ‚neuen‘ Arbeitsverträge. ‚Die deregulierte Hochschule‘ setzt in ihrem „Kodex guter Führung“ (wie sie die Leitlinien selbst nennen) auf eine

„Flexibilisierung des Dienst- und Besoldungsrechts und eine Differenzierung durch Leistungszulagen“. Lehrende bekommen bereits in der Praxis meist nur noch einen Sockelvertrag, der durch Leistungszulagen aufgestockt werden kann (Belohnung als Prinzip). Solche Leistungszulagen, die meist als Vorschuss (also Schulden) ausbezahlt werden, sind etwa die Verpflichtung soundsoviel Bücher in soundsovielen Jahren zu schreiben oder das Eintreiben von Drittmitteln in beträchtlicher Höhe.

jr

Die Struktur der Hochschulpolitik



soll: den Kultusministern der Länder und ihren Staatssekretären – die sich nun selbst beraten; vielleicht aber auch eine (scheinbare) politische Legitimation von einem ‚höher‘ gestellten Gremium für ihre politische Praxis schaffen wollen.

Diese Ministerien ernennen nun wiederum die Mitglieder der Hochschul-/Uniräte, die zu einem Großteil aus außeruniversitären Vertretern aus Wirtschaft und Politik zusammengesetzt

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.“ Der Wissenschaftsrat bestimmt und entwickelt maßgeblich die Hochschulpolitik in der Bundesrepublik und ist verantwortlich für alle wesentlichen hochschulpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, wie die (versuchte) Durchsetzung von Studiengebühren in allen Bundesländern, den Wettbewerb der Hochschulen im Zuge der Exzellenzinitiative oder neuerdings den Zwang zu Open Access für WissenschaftlerInnen. Gleichzeitig unterliegt der Wissenschaftsrat durch den Rechtskniff des beratenden Gremiums jedoch nicht dem Informationsfreiheitsgesetz (vgl. hierzu UNiMUT 04/09), muss also keine Rechenschaft über seine Tätigkeiten abgeben. Hinzu kommt, dass der Wissenschaftsrat zu 50% aus jenen Mitgliedern besteht, die er eigentlich beraten

werden. Dieser Hochschulrat soll „anstelle des Staates“ (so heißt es in den Leitlinien der ‚deregulierten Hochschule‘) die Aufsicht über das Rektorat übernehmen, welches er nach dem neuen LHG selbst personal ernannt hat (früher wurde das Rektorat noch vom Senat der Hochschule gewählt).

Das Rektorat – gedacht als Firmenchef – hat wiederum seit der Überarbeitung des LHG quasi diktatorische Vollmachten über die Beschlüsse des Senats. Eine demokratische Struktur der Hochschulen gibt es seit der Überarbeitung der Landeshochschulgesetze nicht mehr: Die Entscheidungskompetenzen akademischer Selbstverwaltungsgremien, wie dem Senat, wurden durch eine hierarchisch strukturierte Steuerung des Rektorats und des Hochschulrats (der aus außeruniversitären Vertretern von Wirtschaft und Politik besteht) ersetzt.

jr

Bildungstreik im ganzen Land – der „Demotag“

17. Juni, Widerstand, Bildungstreik im ganzen Land!“ Unter dieser Losung gingen in der Mitte der Protestwoche in der ganzen Bundesrepublik eine Viertel Million Menschen auf die Straße. Bachelor-Master, Studiengebühren, achtjähriges Gymnasium, dreigliedriges Schulsystem sowie Demokratisierung von Bildung und ihre Finanzierung waren Thema in zahlreichen Reden, Sprechchören und Transparenten. Heidelberg erlebte dabei seine wahrscheinlich größte Demonstration seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die ersten Aktivitäten des großen Aktionstags begannen bereits in den frühen Morgenstunden, als die meisten Studis wahrscheinlich noch selig schlummerten. Schülerinnen und Schüler verschlossen die Zugänge zu ihren Schulen und empfingen bereits zur ersten Unterrichtsstunde ihre Mitschülerinnen und –Schüler, um sie zur Demonstration abzuholen. Fünf unangemeldete Demozüge etwa aus Wieblingen oder Kirchheim machten sich daraufhin auf den Weg zu einem Sternmarsch in Richtung Zentralmensa und Uniplatz. Dabei versuchten die Beteiligten möglichst viele Schulen abzulaufen, um den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an der Demonstration zu ermöglichen.

An der Johannes-Kepler- sowie der Theodor-Heuss-Realschule kam es dabei zum rechtswidrigen Einschluss von Schülerinnen und Schülern durch die Schulleitung. An anderen Schulen konnten die jungen Menschen befreit werden. Am Hölderlin-Gymnasium zum Beispiel postierte sich die Schulleitung in der engen Tür und verteilte Nachsitzbescheide. Nur wer den Arm der Schulleiterin sanft beiseite schob, wurde durchgelassen. Als diese schließlich versuchte, die Tür zu schließen, wurde aus den „Rauslassen“-Sprechchören schnell ein „Rausholen!“ – die draußen versammelten Schülerinnen und Schüler stürmten kurzerhand das Gebäude und leerten gemeinsam die Schule.

Ähnliches versuchten die Schülerinnen und Schü-



ler mit den Studierenden. Begeistert stürmten sie die Hörsäle der Neuen Uni, doch den Studierenden, die sie dort vorfanden, schien auch angesichts dieser jugendlichen Lebensfreude das Herz nicht aufzugehen. An diesem Tage saßen eine halbe Stunde vor Demobeginn wohl nur noch die hartgesottensten Streikunwilligen in den Vorlesungen, während die meisten Veranstaltungen längst nicht mehr stattfanden und sich ganze Institute auf die Demo vorbereiteten.

Der Großteil der Studierenden erschien dann wie gewohnt cum tempore. Da sich der Lautsprecherwagen etwas viel tempore nahm, konnte die Auftaktkundgebung in der Altstadt leider nicht wie geplant stattfinden. Mit spontanen Rede- und Musikbeiträgen hielten sich die Versammelten jedoch bei Laune, während sich der Uniplatz bis zur Hauptstraße mit Menschen füllte.

Als die Demo loslief wurde klar: Allein der Altstadtzug bildete eine Masse, wie man sie in Heidelberg nicht alle Tage sieht. Und so verließ die Demonstration bereits nach wenigen Metern die angemeldete Route und lief statt durch die engen Gassen, die das Ordnungsamt vorgegeben hatte, direkt runter zum Neckar, um unter lauten Sprechchören an den Neckarstaden entlang zu ziehen.

Am Bismarckplatz traf dann auch der Zug aus dem Neuenheimer Feld ein, der euphorisch empfangen wurde. Insgesamt waren an der Demonstration über 6000 Menschen beteiligt – eine Zahl historischen Ausmaßes. Die Polizei hielt sich angenehm zurück und außer ein paar übermütigen Eierwürfen auf Polizeibeamte kam es zu keinen Zwischenfällen. Im Anschluss an die Schlusskundgebung am Uniplatz zogen einige hundert Studierende noch ins Rektorat, um Rektor Eitel direkt mit den eigenen Vorstellungen über demokratische Bildung zu konfrontieren. Heraus kam eine dreitägige Besetzung bis zur Räumung durch Spezialeinheiten der Polizei. Die Verhandlungen der Demonstrationsinhalte dauern noch an.

yz



Im Anschluss an die Demo am 17. Juni zogen etwa 300 Studierende auf der Suche nach einem Adressaten für ihren Unimut und ihre Forderungen in die Alte Universität. Vor den verschlossenen Türen des Rektorats versuchte die Pressesprecherin Frau Fuhrmann-Koch die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Es herrschte Demoatmosphäre und Chaos während die Protestierenden sich zu organisieren suchten. Als von Seiten des Rektorats das geforderte Gespräch mit Rektor Bernhard Eitel für 19:15 Uhr zugesichert wurde, versammelten sich die Studierenden im Senatssaal, um sich auf das Gespräch vorzubereiten. In einem basisdemokratischen Prozess wurden die zentralen Kritikpunkte herausgearbeitet. Hierbei unterschieden die Studierenden explizit zwischen den Forderungen an Rektor Eitel bzw. den Senat und den Universitätsrat der Uni Heidelberg, die im Rahmen des Landeshochschulgesetzes an der Uni Heidelberg direkt umgesetzt werden könnten, und den Forderungen an die Landesregierung.

Das Gespräch mit Rektor Eitel

Auch für das Gespräch mit dem Rektor wurden die Prinzipien der Basisdemokratie nicht außer Kraft gesetzt. So fand sich Bernhard Eitel als gleichberechtigtes Mitglied im Plenum der Studierenden wieder. Von einer Redeleitung strukturiert, brachten die Studierenden ihre Kritikpunkte und Forderungen vor. Der Rektor sah zahlreiche Gemeinsamkeiten und betonte immer wieder: „Da bin ich ganz bei Ihnen.“ Konkrete Zusagen machte er jedoch nicht, sondern verwies auf, die seiner Meinung nach, für die Probleme zuständigen Instanzen – die Landesregierung in Bezug auf die Unterfinanzierung, vor allem der Geisteswissenschaften und die Institutsleitungen bei der Ausgestaltung der Bachelor/Master Prüfungsordnungen. Auf die konkrete Frage nach einer Demokratisierung der Uni Heidelberg, verneinte der Rektor, dass er einem Antrag auf Erhöhung des Anteils studentischer Vertreter im Senat zustimmen würde.

Insgesamt verlief das etwa 60minütige Gespräch für alle Beteiligten enttäuschend. Die Studierenden entschieden sich im Rektorat zu bleiben – zumindest bis es zu einer ernsthaften Diskussion mit dem Rektorat über ihre Forderungen käme. Der Rektor machte von seinem Hausrecht Gebrauch und drohte mit der Räumung der Alten Uni. Während zahlreiche Hände die Infrastruktur der Besetzung aufbauten, gingen die Diskussionen im übervollen Senatssaal weiter, bis in die Nacht wurden die Forderungen konkretisiert und sich mit der rechtlichen Situation auseinander gesetzt.

**„Es ist immer ein Scheitern, w
tätig werd**
Die Besetzung des Rektors





„Wenn Polizei in der Universität eintreten muss.“

Plenar vom 17. bis 20. Juni

Die Besetzung

Am Donnerstag morgen der erste Blick in die Zeitungen. Der Rektor gibt an, er habe „in den vergangenen Tagen mehrfach zum Teil mehrstündige Gespräche mit den Studierenden geführt“ sowie „auf Dialog und die Kraft der Argumente“ gesetzt. Deutliche Unterschiede zwischen Pressedarstellungen und dem in der Alten Uni Erlebten.

Die Öffentlichkeit zu erreichen, die Forderungen zum Gesprächsthema machen, waren Ziele der Besetzung. Es ist den Studierenden wichtig, verstanden zu werden, mit anderen Studierenden, Dozierenden und AnwohnerInnen ins Gespräch zu kommen. Sie fordern Demokratie und Mitbestimmung und sehen den breiten gesellschaftlichen Konsens des Rechts auf demokratische Teilhabe auf ihrer Seite. Auf dem Uniplateau wurde ein Infostand eingerichtet, die Forderungen der Besetzung wurden in Mensen und Vorlesungen verteilt. Am Nachmittag kam die Presse in das Plenum der Alten Uni.

Unterdessen wurden die Forderungen weiter konkretisiert und insbesondere auf ihre Vereinbarkeit mit dem Landeshochschulgesetz geprüft. Es gründeten sich Arbeitsgruppen, die, sei es durch Kommunikation mit Dozierenden und Studierenden oder durch Aufräumen und Putzen der Räume der Alten Uni dazu beitrugen, dass die Besetzung aufrecht gehalten werden konnte. Parallel fanden im Rahmen einer Alternativuni zahlreiche inhaltliche Veranstaltungen zu den Themen des Bildungsstreiks statt.

Trotz Übernächtigung und Anspannung wegen der erneuten Räumungsandrohung wurde die Diskussionskultur der Basisdemokratie und Konsentscheidung nicht aufgegeben. Bis spät in die Nacht arbeiteten die Studierenden der Alten Uni an den Konkretisierungen ihrer Forderungen und gelangten letztlich zu einer Konsentscheidung.

Am Freitag kamen Prorektor Roth für das Rektorat und der Einsatzleiter der Polizei, um mit den Studierenden zu sprechen. Doch auch dieses Gespräch verlief enttäuschend. Inhaltlich wollte sich Herr Roth gar nicht äußern. Den Studierenden ging es aber gerade darum. Ohne in irgendeiner Weise auf die Forderungen der Besetzung einzugehen, wurden die Besetzenden aufgefordert, das Gebäude bis zum Abend zu verlassen. Zugesichert bekamen sie im Gegenzug ein zweistündiges Gespräch mit Rektor Eitel in der folgenden Woche. Doch hatte bereits die Besetzung des Romanistischen Seminars im Mai gezeigt, dass der Rektor sich in einem Gespräch nach Auflösung der Besetzung noch weniger kompromissbereit zeigte.



Am Nachmittag bekamen die Besetzenden noch einmal Zulauf. Die Menschenkette, die mit 3000 Menschen symbolisch die – nicht nur räumlich – getrennten Teile der Universität: Altstadt und Feld verband, versammelte sich im Anschluss vor der Alten Uni, wo sich über die Besetzung und ihre Forderungen informiert wurde, viele blieben und beteiligten sich. Unter anderem Lothar Binding (Mitglied des deutschen Bundestages) „beglückwünschte“ die Akteure, „sich in so einer friedlichen Art und Weise für eine demokratische Hochschule einzusetzen.“ Rektor Eitel hingegen bekräftigte: „Das Rektoratsgebäude zu besetzen, verstößt gegen alle gültigen Regeln.“ Den Studierenden, die sich an der Besetzung beteiligten, war sehr wohl bewusst, dass sie gegen geltende Gesetze und nach ihren persön-



lichen moralischen Vorstellungen handelten. Um für Werte wie die Demokratisierung der Hochschule zu kämpfen, nahmen sie persönliche Nachteile, wie eine strafrechtliche Verfolgung, in Kauf.

Das Angebot des Rektorats

Als am Abend Prorektor Roth kam, um ein Angebot des Rektorats vorzustellen, hatten die gut 350 Studierenden der Besetzung Mühe einen Platz auf dem Boden des Senatsaals zu finden. Das von Prorektor Roth vorgelesene Papier beinhaltete einige verbindlich zugesicherte Unverbindlichkeiten, von denen die konkreteste die Einrichtung eines „Think Tank“ darstellte. Hier sollten in beratender Funktion Studierende und ProfessorInnen gemeinsam „Ideen“ entwickeln. Eine verbindliche



Aufnahmen aus dem Rektorat gab es während der Besetzung nicht durch die Überwachungskamera einzig für das Sicherheitspersonal, sondern für alle frei zugänglich im Netz unter www.bildungsstreik2009-hd.de

Psychologische Beratung nach Räumung

Der Polizeieinsatz am frühen Morgen hat bei zahlreichen Studierenden Spuren hinterlassen. Das Vorgehen der Polizei, mit Helmen und teils sehr ruppigem und bedrohlichem Auftreten, und die Darstellung des friedlichen Protests als „gewaltsam“ und „undemokratisch“ durch das Rektorat, machte vielen zu Schaffen. Dank der Mithilfe der Beratungsstelle des Studentenwerks konnte daher eine psychologische Beratung organisiert werden.

von Michael Kolain

Beteiligung an Entscheidungsprozessen verneinte das Rektorat unter Verweis auf die Effizienz hierarchischer Strukturen. Auf die Frage nach einer Stellungnahme zu den von den Besetzenden ausgearbeiteten Forderungen gab Prorektor Roth zu, er habe das Forderungspapier „nur überflogen“. Auch verweigerte der Prorektor, das vorgelesene Angebot den Studierenden zur Diskussion zu überlassen, denn es gehe „um die Idee und nicht darum, sich an einzelnen Formulierungen aufzuhängen.“

Im Anschluss an das Gespräch wurde bis in die Nacht über das weitere Vorgehen diskutiert. Etwa 300 der 500-600 Anwesenden beteiligten sich an den Plena, viele waren neu dazugekommen und das Meinungsspektrum war erheblich breiter geworden als die Tage zuvor. Außerdem erschwerte der Druck des, für diesen Abend von Prorektor Roth angekündigten, Polizeigewaltanwendung eine Einigung. Es dauerte bis 3:30 Uhr bis schließlich ein Konsens gefunden wurde, der an die Universitätsleitung geschickt wurde. Es war



jedoch bereits um 22:00 Uhr, also 30 Minuten nachdem Prorektor Roth die Alte Uni verlassen hatte, der Räumungsbefehl bei der Polizei eingegangen.

Die Räumung

Am Samstag morgen um sieben Uhr fuhren 30 Kastenwagen auf den Universitätsplatz. Rund 300 gepanzerte und mit Schlagstöcken ausgerüstete Polizeikräfte sperrten die Alte Uni ab und begannen mit der Räumung des Rektorats. 112 Menschen wurden von der Polizei aus dem Gebäude entfernt und widerrechtlich erkennungsdienstlich behandelt.

Der Presse wurde die Sicht auf den Räumungsvorgang durch vor dem Eingang aufgestellte Kastenwagen verwehrt. Nach Aussagen der Besetzenden agierte die Polizei gespalten. Einige BeamtInnen äußerten Verständnis für die Forderungen der Studierenden, andere machten auf unverhältnismäßige Weise Gebrauch von ihrer Amtsmacht.

Bei den an der Besetzung Beteiligten löste das Vor-

gehen des Rektorats Fassungslosigkeit aus. In den folgenden Tagen trauerten zahlreiche Menschen mit Blumen und Kerzen um den friedlichen Protest. Gleichzeitig ging die politische Arbeit jedoch weiter. Noch am Tag der Räumung bildeten sich neue Arbeitskreise, es finden immer noch mehrmals wöchentlich Plena statt und es werden weiter Gespräche mit Studierenden und Dozierenden gesucht. Die Rücknahme der Strafanträge wurde durch eine Petition mit mittlerweile rund 6000 UnterzeichnerInnen bewirkt und am 29. Juni wurde auf einer Vollversammlung das weitere Vorgehen abgestimmt.

Der Protest hat viele Studierende politisiert, viele Mitglieder der Universität zum Nachdenken angeregt. Es ist eine Bewegung entstanden, die weiter für die Umsetzung der erarbeiteten Forderungen und einen Dialog mit dem Rektorat hinarbeitet.

nbb



Wir besetzten nicht aus Spaß!

Das Rektorat bezeichnete die Besetzung der alten Universität Heidelberg durch Studierende, SchülerInnen und Promovierende vom 17.-19. Juni als „illegal“, „illegitim“, „gewalttätig“ und inhaltlich unbegründet. Wie konnte es dann aber dennoch zu einer Besetzung kommen? Sind die Studierenden, Schüler und Promovierenden wirklich so unvernünftig, wie sie vom Rektorat dargestellt werden?

Am Mittwoch, dem 17. Juni, erreichte der bundesweite Bildungstreik mit den verschiedenen Großdemonstrationen seinen Höhepunkt. In Anschluss an die Demonstration in Heidelberg entschloss sich eine größere Gruppe der Demonstranten dazu, die Forderungen nicht nur durch die Straßen zu tragen, sondern direkt mit Rektor Eitel den Dialog zu suchen. Weil man die solidarisierende Kraft der Bildungstreikwoche nutzen wollte, entschlossen sich die Demonstranten, dies sogleich zu tun und die alte Universität, in der sich das Rektorat befindet, aufzusuchen.

Trotz der über 300 Stimmen, die vor verschlossenen Rektoratstüren mit Nachdruck ein Gespräch mit Eitel forderten, empfand der es nicht für notwendig, den Fordernden gegenüberzutreten. Stattdessen verließ er über die Hintertreppe das Rektorat und war – wie es hieß – „nicht erreichbar“. Erst nach ein, zwei Stunden gelang es den Studierenden durch ihr Ausharren in der alten Universität den Rektor zu einem Gespräch abends um 19.15 zu bewegen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Menschenmenge in der alten Uni noch den Status eines Besuchs. Es hat sich also gezeigt, dass die friedliche Besetzung der alten Universität Eitel unter einen Druck setzen konnte, unter dem er sich gesprächsbereit zeigte. Da Rektor Eitel sich während des Gesprächs gänzlich zurückhielt, allein nur die Möglichkeit der Erfüllung studentischer Forderungen zu bedenken, entschlossen sich die „Besucher“ den Druck und die Forderung nach einem gleichberechtigten Dialog aufrecht zu erhalten und zur Besetzung der alten Universität.

Später ging das Rektorat noch weiter und ließ verlautbaren, dass jene Form, wie Studierende einen Dialog erzwingen würden, einerseits nicht demokratisch und dem Heidelberger „Geist“ entsprechend sei und andererseits jene Dialoge, welche mit den demokratisch gewählten Studierendenvertreter geführt würden, ignoriere. Abgesehen davon, dass gerade jene Studierendenvertreter keine rechtliche Stimme innehaben und es sich also kaum um demokratische Verhältnisse handelt, reagierte das Rektorat auf die Hauptforderung der Studierenden auf mehr Mitbestimmung in universitären Entscheidungsprozessen mit einer weiteren Zurückweisung ebendieser, anstatt sich zu fragen, warum



Studierende überhaupt ein Ohr für ihre Stimmen erzwingen müssen. Dies ist auch insofern erstaunlich, als die Studierendenschaft die eigentliche Legitimationsgrundlage für Amt und Arbeit des Rektorats darstellt.

Nicht nur konnte über die Öffentlichkeit Druck auf die Universitätsleitung ausgeübt werden, es galt darüber hinaus auch ein Signal an die Öffentlichkeit und die Politik zu senden: Der Entschluss der Studierenden, für ihre Forderungen und Rechte die Grenze der Legalität zu überschreiten, unterstrich die Dringlichkeit bildungspolitischer Veränderungen mit Nachdruck. Des Weiteren ist zu bedenken, dass eine Politisierung der Öffentlichkeit und der Lernenden wie Lehrenden selbst, was u.a. das Ziel des Bildungstreiks ist, nie völlig provokationslos funktionieren kann. So zeigten denn auch mehrere Tausend Studierende und Passanten Verständnis für die Besetzung als Protestform und unterstützen diese.

Der Vorwurf der Gewalttätigkeit durch das Rektorat muss daher entschieden zurückgewiesen werden, weil hier Illegalität und Gewalttätigkeit verwechselt wird. Es kamen weder Personen, noch Inventar während der Besetzung zu Schaden. Öffentliche Gebäude der Universität – so auch die alte Universität – sollten der größten Gruppe, der Studierendenschaft, ohne wenn und aber als Häuser des Lehrens und Lernens zugänglich und verfügbar sein, um in konsequent basisdemokratischer Weise Forderungen und Wege zur Verbesserung des bundesweiten Bildungssystems und der Universität Heidelberg auszuarbeiten.

von Maja Tschumi

Gelebte Basisdemokratie während der Rektoratsbesetzung

Die Grundidee von Basisdemokratie, die oft auch den Namen partizipative Demokratie trägt, ist es, Demokratie hierarchiefrei zu leben. Es gibt keine gewählten VertreterInnen wie in einem repräsentativen System, sondern jede(r) kann sich selbst einbringen und jede Meinung zählt gleichviel. Es gibt keine ständigen Leitungsfunktionen oder Positionen, deren Status höher ist als der der „normalen“ TeilnehmerInnen. Diskussionen und Entscheidungen werden in Plenen geführt und getroffen, in dem jede(r), der sich in dem politischen Prozess beteiligen will, mitmachen und mitreden kann.

Zentral im Entscheidungsprozess ist das Konsensprinzip. Das heißt, dass keine Abstimmungen getroffen werden, sondern versucht wird, zu einer einvernehmlichen Entscheidung zu kommen, die jede(r) unterstützen kann. Wird eine Entscheidung nach außen kommuniziert, so muss jede(r) Teilnehmende des Plenums damit einverstanden sein. Das heißt, eine Entscheidung ist erst gefunden, wenn es eine gemeinsam getragene Lösung gibt. Es geht hier also nicht nur um einen nach außen getragenen Konsens, sondern um einen im Inneren gefundenen. Dabei muss sich natürlich jede(r) bewusst sein, dass die persönliche Meinung, sofern sie

dem Lösungsvorschlag entgegen steht, eine Entscheidung oder ein Weiterkommen blockieren kann. Insofern ist ein Veto, sprich eine aktive Nicht-Zustimmung, nur sehr bewusst einzusetzen. Hierzu muss angemerkt sein, dass eine persönliche Meinung im gewissen Maße noch vom Konsens abweichen kann – dies sollte aber nur soweit der Fall sein, dass mensch die Entscheidung noch mittragen kann. Ein Konsens kann also beinhalten, dass sich eine Minderheit der gemeinsamen Entscheidung freiwillig anschließt – gezwungen werden kann sie dazu aber nicht.

Besonders in großen Plenen ist eine Redeleitung/Moderation wichtig. Diese steht nicht über den Teilnehmenden der Diskussion, ist also kein Vorsitz im Sinne einer repräsentativen Demokratie sondern strukturiert das Gespräch. Meistens unterstützt von einer Person, die eine RednerInnenliste führt, passt sie auf, dass jede(r) der sich meldet, in richtiger Reihenfolge auch zu Wort kommt und die Debatte ruhig und zielgerichtet verläuft. Ein besonderes Hilfsmittel ist hier eine Quotierte RednerInnenliste, nach der Frauen und Männer immer abwechselnd sprechen dürfen und Personen, die noch nicht viel gesagt haben, vor solchen, die sich viel beteiligen, der Vorzug gegeben wird. Die Moderation sollte Stimmungen im Plenum aufgreifen und in passenden Momenten Lösungsvorschläge formulieren, um Debatten konstruktiv zu einem Ende zu bringen – sie darf die Entscheidungsfindung jedoch nicht im eigenen Sinne beeinflussen, sondern soll möglichst neutral bleiben.

Trotzdem wird es, je größer eine Gruppe ist, natürlich umso schwieriger und langwieriger, Entscheidungen mit allen Beteiligten und im Großplenum zu treffen. Daher ist das Konsensprinzip eng mit dem Konzept von Bezugsgruppen und dem SprecherInnen-Rat verknüpft. Bezugsgruppen bestehen idealerweise aus 8-15 Personen, die sich am besten bereits kennen und für die politische Aktion zusammen-



Bernhard Eitel fand sich als gleichberechtigtes Mitglied im Plenum der Studierenden wieder.

schließen. Sie bieten einerseits innerhalb der großen Gruppe Bezug und Schutz für jede(n) Einzelne(n) und sind andererseits die Basis für ein Bezugsgruppen-System. Jede Bezugsgruppe bespricht Probleme, die in der Großgruppe besprochen werden sollen. Um dann mit allen an der Aktionen Teilnehmenden zu einer konsensualen Lösung zu kommen, sendet sie eine(n) SprecherIn in den SprecherInnen-Rat. Dies sollte nach Möglichkeit immer wieder eine andere Person sein. Im SprecherInnen-Rat wird nun mit den SprecherInnen der anderen Gruppen diskutiert und mögliche Lösungsvorschläge formuliert. Der/die SprecherIn trägt diese nun in die Bezugsgruppe zurück, in der dann gemeinsam eine Konsens-Position gefunden wird, die wiederum im Rat eingebracht wird. Dieser findet, wenn nötig auch in mehreren Runden, einen Konsens für alle Gruppen. So ist es möglich, unter der Beteiligung vieler Menschen zu einvernehmlichen Positionen

zu kommen, ohne dass jedes Mal alle am Plenum teilnehmen müssen. Das schont die persönlichen Ressourcen und spart Zeit, was für eine längere Aktion bzw. eine dauerhaft lebendige Demokratieform mit vielen Leuten enorm wichtig ist.

Während der Besetzung des Rektorats wurde vor allem in Großplenen diskutiert und entschieden. Dies lag wahrscheinlich hauptsächlich daran, dass viele BesetzerInnen mit dem Konzept des SprecherInnen-Rats (häufig auch: Delegierten-Plenum) noch nicht vertraut waren und es daher direkt schwer umsetzbar schien. Umso erstaunlicher ist doch, dass die beteiligten SchülerInnen, Studierenden und Promovierenden immer zu einvernehmlichen Lösungen kamen. Praktische Arbeit wurde oft in Kleingruppen, denen sich jede(r) Interessierte anschließen konnte, erledigt (z.B. das Schreiben von Pressemitteilungen oder Formulieren von genauen Positionen).

Entschieden, ob diese nach außen kommuniziert würden, wurde jedoch immer im Plenum und nach dem Konsensprinzip

Hätten wir zahlreiche TeilnehmerInnen der Rekoratsbesetzung letzte Woche vor der Besetzung gefragt, ob sie sich vorstellen können, Basisdemokratie hier und jetzt zu leben, hätten sie wahrscheinlich nur zögerlich mit ja oder gar mit nein geantwortet. Ist mensch mit dem Konzept nicht vertraut, scheint es schwierig, dieses praktisch umzusetzen. Das dies doch möglich ist, selbst wenn viele der Mitwirkenden mit der Umsetzung noch nicht vertraut sind, hat sich jedoch letzte Woche einmal mehr deutlich bewiesen.

In der Entscheidungsfindung können mehrere Etappen unterschieden werden: 1. Möglichst umfassende und deutliche Erklärung des Problems. 2. Formulierung der Entscheidungsfrage. 3. Runde mit Meinungsäußerungen zum Thema. 4. Sammeln von verschiedenen Lösungsvorschlägen. 5. Diskutieren der gesammelten Vorschläge. 6. Herausarbeiten des Konsensvorschlags 7. Entscheidung 8. Umsetzung des Konsens. Siehe auch: X-tausend mal quer – SprecherInnen-Rat ([/www.netzwerk-regenbogen.de/sprecherinnenrat.html](http://www.netzwerk-regenbogen.de/sprecherinnenrat.html))

Leseempfehlung für alle, die mehr über basisdemokratische Entscheidungsfindung und Konsensprinzip wissen wollen: „Konsens – Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung“ von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, € 12, zu bestellen unter www.wfga.de

von Nina Treu

Die Forderungen der Besetzung

Demokratie, Transparenz, Überarbeitung der BA/MA Prüfungsordnungen und der sofortige Ausstieg aus dem Projekt Deregulierte Hochschule

Die bundesweiten Forderungen des Bildungsstreiks und bildeten ein allgemeines Gerüst für Konkretisierungen an den jeweiligen Bildungseinrichtungen. Die Studierenden, die sich vom 17. bis 20. Juni an der Besetzung des Rektorats beteiligten erarbeiteten in einem basisdemokratischen Prozess in Anlehnung an die Ziele des Bundesweiten Bildungsstreiks, Forderungen an Wissenschaftsminister Frankenberg, sowie insbesondere an Rektor Eitel. Diese beiden Ebenen wurden strikt getrennt, um zu verhindern, dass sich das Rektorat auf den Standpunkt der Handlungsunfähigkeit zurückzieht. Auf Landesebene wird gefordert, Studiengebühren abzuschaffen und durch Landesmittel zu ersetzen, sowie verfasste Studierendenschaften wieder einzuführen.

Darüber hinaus erarbeiteten die Besetzenden des Rektorats Forderungen, die sich direkt auf die Situation an der Uni Heidelberg beziehen und im Rahmen des Landeshochschulgesetzes von Rektor Eitel bzw. dem Senat oder dem Universitätsrat der Uni Heidelberg direkt umgesetzt werden können. So entspricht die Vertretung der Studierenden im Senat lediglich dem vom Land gesetzlich festgeschriebenen Mindestmaß studentischer Beteiligung. Momentan sind vier der 38 Mitglieder des Senats VertreterInnen der Studierenden. Von den 38 stimmberechtigten Mitgliedern gehören 18 aufgrund ihres Amtes dem Senat an und 20 sind gewählte VertreterInnen der universitären Stausgruppen. Die Studierenden fordern eine Aufteilung der gewählten SenatorInnen in 11 VertreterInnen der Studierenden und je drei VertreterInnen aus Mittelbau, Professo-



rInnenschaft und Administration.

Im Zuge der Umsetzung des Projekts „deregulierte Hochschule“ ist der Senat durch den nicht demokratisch legitimierten Universitätsrat als oberstes Entscheidungsgremium der Universität ersetzt worden. Die Studierenden fordern daher die Wiedereinführung des Senats als oberstes Entscheidungsgremium der Universität und den Austritt aus dem Projekt „deregulierte Hochschule“.

Die Kritik der gegenwärtigen Umsetzung des Bolognaprozesses stößt

auch bei den Besetzenden des Rektorats auf offenen Ohren. So fordern diese konkret für die Uni Heidelberg die Einarbeitung eines Passus in die Verwaltungs- und Benutzungsordnung, der für alle Institute die Einrichtung eines Institutsrats festlegt. Dieser soll viertelparitätisch besetzt und demokratisch legitimiert sein. Um eine sinnvolle Überarbeitung der BA/MA-Prüfungsordnungen unter Einbezug der Studierenden sicher zu stellen, muss dieser zu allen institutsrelevanten

ten Informationen Zugang haben, sowie auf alle, die Prüfungsordnungen betreffen Fragen Einfluss haben.

Die Forderung nach einem Ausbau studentischer Mitbestimmung an der Ruberto Carola beinhaltet weiter, dass in den Fakultätsräten den Studierenden 30% der Sitze zugesprochen werden, 15% dem Mittelbau und 5% der Administration.

Damit die Studierenden bei öffentlichen Anlässen die Möglichkeit haben, sich als offizielle VertreterInnen der Universität zu präsentieren wird die Einsetzung eines/r studentischen „Prorektors/Prorektorin für studentische Belange“ gefordert. Um den Informationsaustausch zwischen Rektorat und Studierenden langfristig zu fördern sprechen sich die Studierenden weiter für die Einrichtung einer monatlich stattfindenden offenen Gesprächsrunde mit dem Rektorat aus.

Um Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten, sollen außerdem die Protokolle aller Gremien in detaillierter Form allen Mitgliedern der Hochschule zugänglich sein und der Haushalt der Universität uneingeschränkt offengelegt werden. In diesem Zusammenhang soll insbesondere der Einfluss Externer auf die universitären Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden und Werbung privater Unternehmen aus den Räumen der Universität verschwinden.

Die Besetzenden fordern weiter die Einrichtung einer Studierendenvertretung, in Form einer juristischen Person mit finanzieller Hoheit, die unabhängig und selbstverwaltet die studentischen Interessen vertritt und auch zu (hochschul-)politischen Themen Stellung

nehmen darf. In diesem Zusammenhang sollen den Studierenden zwei zentrale, selbstverwaltete, barrierefreie Gebäude, im

Neuenheimer Feld und in der Altstadt, zur freien Verfügung gestellt werden. Es soll hiermit Raum für Versammlungen, soziokulturelle Veranstaltungen, und sonstige studentische Initiativen geschaffen werden. So ist das derzeit von der Uni Heidelberg der Studierendenvertretung FSK zugewiesene Gebäude für RollstuhlfahrerInnen nicht zugänglich, so dass diese de facto von einer hochschulpolitischen Betätigung ausgeschlossen sind.

Viele der Forderungen stoßen auf breite Unterstützung innerhalb der Studierendenschaft, sowie den ProfessorInnen. Dies belegen die Mittlerweile mehreren Tausend Unterschriften die bisher zur Unterstützung der Forderungen zusammen kamen. Rektorat, Senat und Universitätsrat haben sich bisher nicht zu den Forderungen geäußert. Auf Nachfrage gab Prorektor Roth an, man habe die erarbeiteten Forderungen „nur überflogen“.

Auch nach der gewaltsamen Räumung des Rektorats arbeiten die Studierenden für ihre Forderungen und einen Dialog mit dem Rektorat. Auch Rektor Eitel spricht sich für einen Dialog mit Studierenden aus, es schließt die Besetzenden hierbei jedoch explizit aus.

Unter <http://bildungsstreik.fachschaftskonferenz.de/unterschriftenliste/> kann mensch die Forderungen durch eine Unterschrift unterstützen.

nbb

Demokratie an der Uni?

Die Entmündigung der Studierenden in Baden-Württemberg seit dem Verbot Verfasster Studierendenschaften

An der Uni Heidelberg sind die etwa 28000 Studierenden im Vergleich zu den 373 ProfessorInnen die bei Weitem größte Gruppe. Trotzdem sind sie kaum in den Gremien vertreten und ihre einzige verfasste Repräsentation ist der Rektor Bernhard Eitel. Das liegt vor allem daran, dass Baden-Württemberg eines von zwei Bundesländern ist, in dem die offizielle Studierendenvertretung, der „AStA“ faktisch handlungsunfähig ist.

Ende der 1970er-Jahre schaffte die damalige Landesregierung von Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft, also die demokratische Vertretung der Studierenden, ab. Der damalige Ministerpräsident und ehemalige NS-Marinerichter Filbinger wollte mit diesem Schritt „den Sympathisantensumpf des Terrorismus austrocknen“, den er an den Hochschulen vermutete.

Der demokratisch gewählte allgemeine Studierendenausschuss (AStA) besitzt

seither keine finanzielle Hoheit mehr und muss sich jede einzelne Entscheidung vom Rektorat genehmigen lassen. Anders als in vierzehn anderen Bundesländern darf er sich nur noch mit musischen, sportlichen, kulturellen und eingeschränkt mit sozialen Fragen beschäftigen. Zu Themen der Hochschulpolitik, wie beispielsweise der Bachelor/Master-Umstellung oder Studiengebühren, darf er sich nicht äußern und kann daher seiner Funktion als Interessenvertretung der Studierenden nicht gerecht werden.

nbb

Was ist „der Bologna-Prozess“?

1999 unterschrieben in Bologna 29 BildungsministerInnen eine Absichtserklärung, die die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums bis 2010 vorsieht. Seitdem treffen sich die MinisterInnen regelmäßig, um die nächsten Ziele abzusprechen. ‚Den‘ Bologna-Prozess gibt es also überhaupt nicht. Es gibt keine parlamentarisch verabschiedeten Gesetze, die einzuhalten sind, sondern nur eine Reihe von Vereinbarungen. In einigen Landeshochschulgesetzen wurden Regelungen festgeschrieben; umgesetzt wird aber vor Ort – je nachdem, was dort durchgesetzt werden soll. „Die Fakultäten haben die Ausgestaltung der Lehrpläne selbst in

der Hand“ (Ex-Rektor Hommelhoff).

Elemente des Prozesses sind: Schaffung vergleichbarer Abschlüsse, Einrichtung zweistufiger Abschlüsse, Einführung eines Leistungspunktesystems, Qualitätssicherung auf europäischer Ebene und Verbesserung der Mobilität. Doch die Umsetzung geschieht unterschiedlich, oft katastrophal schlecht, und die ursprünglichen Ziele werden dabei oft aufgegeben.

Tücken des sogenannten Bologna-Prozesses:

1. Punktesammeln statt Studieren

Im European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) wird bei der Planung eines Studiengangs berücksichtigt, wie viel Zeit man durchschnittlich für aktive Teilnahme, Vor- und Nachbereitung einer Veranstaltung aufwendet. Die Einheit 1 „Leistungspunkt“ (entspricht ca. 30 h Zeitaufwand) ist hierbei unglücklich gewählt. Es geht nicht um Leistung, sondern um die Vergleichbarkeit von Studiengängen sowie um Arbeitsschutzbestimmungen (hochgerechnet kommt man auf die jährliche gesetzliche Arbeitszeit).

Sehr oft wird in sechs Semester BA ein alter Studiengang gepackt. Die Folge: überfrachtete Studiengänge, die krank machen und Studierende, die sich nicht mehr für Themen von Veranstaltungen, sondern für die Punkte interessieren. Für Eigenstudium, Engagement außerhalb des Studiums oder den Blick über den Tellerrand bleibt keine Zeit mehr.

Aus Fehlern kann man auch nicht mehr lernen: da fast alle Studienleistungen in die Endnote einfließen, wird man lieber keine ausgefallenen Fragestellungen bearbeiten und Misserfolge nicht als Lernwege sehen, sondern als Bedrohung fürs weitere Studium.

2. Modularisierung als Überregulierung und Prüfungs-inflation

In der Theorie bedeutet Modularisierung die inhaltliche und methodische Abstimmung von Veranstaltungen, die mit einer Modulprüfung abgeschlossen werden. Dabei sollen die Lernenden und die jeweils erarbeiteten Lernergebnisse im Mittelpunkt stehen. Die Praxis sieht anders aus: kaum abgestimmte Veranstaltungen, die einzeln abgeprüft werden, d.h.:

Verschulung und Prüfungs-inflation. Dies wird durch studienbegleitende Abschlussprüfungen verschlimmert – da fast alle Teilnoten in die Endnote eingehen, gibt es nicht mehr einen Prüfungszeitraum am Studierenden, sondern permanenten Prüfungsdruck. Aufgrund der Verschulung kann man zudem den Hochschulort nicht mehr wechseln, d.h. die Mobilität wird gerade nicht erhöht.

3. Wissenshappchen statt Wissenschaft

Eine große Gefahr ‚des‘ Bolognaprozesses liegt darin, dass es nicht um das geht, was Studierende können, sondern um abprüfbares Wissen, das in standardisierten Veranstaltungen dargeboten und in

Prüfungen reproduziert wird. Dies versperrt sich jeder Fortentwicklung und ist von vornherein nicht offen für neue Probleme und Sichtweisen jenseits des Mainstreams. In der Folge werden zudem Stellen und Forschungsmittel für ‚Rand‘-Bereiche gestrichen.

4. Verwertbarkeit (employability) als Ziel des Studiums

Im März 2000 verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel in Lissabon die sogenannte Lissabon-Strategie. Sie sieht vor, die EU innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensge-

stützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Das Studium – und jede Form der Bildung – wird damit für kurzfristige und rein wirtschaftspolitische Zwecke instrumentalisiert, die Persönlichkeitsbildung wird nebensächlich und durch den Erwerb sogenannter soft skills ersetzt, Ziel des Studiums ist die Verwertbarkeit der AbsolventInnen im Arbeitsmarkt.

Der berufsqualifizierende Bachelor (BA) soll nach mindestens 6, der wissenschaftsorientierte Master (MA) nach weiteren mindestens 2 Semestern zu einem Abschluss führen. In Deutschland soll nur ein Teil der BA-AbsolventInnen zum Master zugelassen werden – sie haben ja angeblich bereits einen „berufsqualifizierenden“ Abschluss. Diese Bestimmung, die in keinem „Bologna-Papier“ vorgesehen ist, wurde in

Deutschland bereits in den 60er Jahren angedacht, um ein Zweiklassenstudium zu ermöglichen. Diese Auslese ist unsozial und erzeugt weitere Probleme: Stichwort Zulassungschaos. Erste Beobachtungen lassen befürchten, dass der Frauenanteil beim Übergang zum Master sinkt.

Studierende müssen sich endlich umfassend und selbstbestimmt bilden können – dies war auch in den „alten“ Studiengängen nur selten möglich. Die existierenden Studiengänge müssen daher komplett überarbeitet werden. Die Studiendauer darf hierbei nicht das entscheidende Kriterium sein. Die lange überfällige Reform des Studiums kann sinnvoll nur vor dem Hintergrund einer neuen Lehr- und Lernkultur geschehen. Lehre wird nicht innovativ durch sogenannte „neue“ Lehrformen oder zusätzlichen Medieneinsatz: Schlechte Aufgaben werden nicht dadurch besser, dass man sie am Computer oder in Gruppen löst! Lehre wird zum Studium, wenn motivierte Lehrende und Studierende gemeinsam Lehr-Lern-Arrangements entwickeln. Wissens- und Methodenvermittlung müssen durch Problem- und Kompetenzorientierung ergänzt werden - auch bei den Leistungsnachweisen muss dies berücksichtigt werden.

Der Übergang zum MA darf nicht beschränkt werden. Inzwischen gibt es eine E-Petition hierfür: <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;a=details;petition=5178>

Hierzu bedarf es grundsätzlich fairer Arbeitsverhältnisse, ausreichender Ausstattung, entsprechender Ausbildung der Lehrenden, einer bedarfsdeckenden Studienfinanzierung und gegenseitiger Wertschätzung aller Beteiligten – sei es in Lehrveranstaltungen oder in einzurichtenden demokratischen Gremien.

*Referat für Studienreform und
hochschulpolitische Entwicklungen der FSK*

Der Bildungstreik – linksautonome Protestromantik mit gestrigen Forderungen?

Die Befürchtungen vor Beginn des Bildungstreiks waren groß. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erwartete „plumpe Krawallaktionen“, „sinnlosen Populismus“, die CDU-Bundestagsfraktion gar „Wahlkampf-Events der Linken“. Den Hauptgrund dafür sahen viele sich distanzierende Organisationen in einer „aktiven Unterwanderung der Bildungstreikforen durch linksradikale Gruppen“ (Philologenverband). Die FDP im Bundestag befürchtete, der Bildungstreik könne für „anarchistische Gewalt“ missbraucht werden. Statt sich jedoch mit der Bewegung, den Inhalten und den konkreten Missständen im Bildungssystem zu beschäftigen, reichte wohl der Blick auf die Liste der unterstützenden Organisationen, um sich eine pauschale Ablehnungshaltung zu eigen zu machen. Der Erkenntnis, dass es um eine ernsthafte Verbesserung und Veränderung des gegenwärtigen Bildungssystems ging und nicht um die Austragung „ideologischer“ Konflikte ging, standen vorgefertigte Urteile entgegen. Statt sich zu beteiligen, in einem basisdemokratischen Bündnis teilzuhaben und den direkten Dis-

kurs zu suchen, wurden Vorurteile bedient und sich pauschal distanziert. Der Vorwurf des „ideologischen“ Handelns müssen sich konservative Verbände nun wohl oder übel selbst gefallen lassen: Denn keine der Prophezeiungen ist eingetreten. Sie haben die größten Bildungsproteste der letzten Jahrzehnte verschlafen. Nie waren Bildungsthemen so in der Öffentlichkeit, selten haben Studierende und SchülerInnen so viel Anteilnahme aus der Bevölkerung und den Medien erfahren. „Wer am Bildungstreik teilnimmt, ist einfach nur dumm“, ließ der RCDS-Bundesvorsitzende verlautbaren. Man bemerke: die selbe Person, die vor Populismus im Bildungstreik warnte. Wenn der Heidelberger RCDS jetzt dazu aufruft, auf die Macht der Argumente und nicht auf die Macht der Aktion zu vertrauen, muss er sich klarmachen, dass den Bildungstreik gerade die Verbindung von beidem zum Erfolg gemacht hat. Gerade das Vertrauen auf die Gesprächsbereitschaft und Offenheit gegenüber studentischen Anliegen, sind der Grund dafür, dass der RCDS keine nennenswerten Erfolge, geschweige denn jemals eine größere Mobilisierung unter Studierenden vorweisen kann.

Oft geäußert und voneinander abgeschrieben wurde auch die Kritik, ein „Streik“ schade nur den Lernenden selbst. „Wer so Schüler und Studenten davon will, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen, offenbart, wie wenig ihm tatsächlich an der Bildung junger Menschen gelegen ist“ (CDU-Bundestagsfraktion). Sich über die langfristige Entwicklung des Bildungssystems Gedanken zu machen und Forderungen für eine Woche in die Öffentlichkeit zu tragen, gespickt mit reichhaltigem Alternativprogramm an den Bildungseinrichtungen - das alles damit abzulehnen, dass

das reguläre Programm – das ja kritisiert wird – dann zu kurz kommt? Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen, die Einübung staatsbürgerlicher Rechte, Artikulation eigener Interesse und die basisdemokratische Selbstorganisation; all das wiegt geringer, als die vorgegebenen Inhalte einer Schul- oder Hochschulwoche? Denjenigen, die während der Streikwoche brav weiterlernten, „um sich nicht selbst zu bestreiken“, kann an dieser Stelle nur die Frage gestellt werden, ob sie ernsthaft glauben, dadurch irgendeinen Vorteil in kommenden Klausuren, Semestern oder Vorstellungsgesprächen zu haben oder vielleicht doch die größte bildungspolitische Auseinandersetzung seit Jahren und eine breite, selbstorganisierte Bewegung mit vielen alternativen Bildungsangeboten verpasst haben.

Im Laufe der Bildungsstreik-Woche meldete sich Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) zu Wort. Die Forderungen seien zum Teil „gestrig“; „wer sagt, wir müssen Bachelor- und Masterstudiengänge wieder abschaffen, der nimmt nicht zur Kenntnis, dass Deutschland Teil des europäischen Bildungsraums ist.“. Ein durchaus geschickter Schachzug, den sich auch der Bundesverband liberaler Hochschulgruppen nicht nehmen ließ: „reaktionär und zukunftsängstlich“ sei der Bildungsstreik. Bemerkenswert: Man nehme eine inhaltlich fundierte Kritik, die man in Teilen offen selbst teilt, und stelle einen Zusammenhang her, den die Kritisierenden selbst nie behauptet haben. Den „Bologna-Prozess“ in Deutschland zu kritisieren und den status quo – Verschulung, Dauerüberprüfung und einseitige Orientierung an ökonomischen Interessen - abzulehnen, wird von Schavan gleichgestellt mit einer vermeintlichen Ablehnung eines europäischen Hoch-

schulraums. Woher sie diesen Zusammenhang nimmt, sagt sie nicht. Einen national abgeschotteten Bildungsraum sucht man jedenfalls vergebens in den Äußerungen der Bildungsstreikenden. Progressive, langfristige Überlegungen zur Zukunft des Bildungssystems werden lapidar von konservativen Politikern, als rückwärtsgewandt dargestellt. Taktisch nett, bei genauerem Hinsehen – wofür sich Schavan wohl keine Zeit genommen hatte – jedoch logisch nicht nachvollziehbar. Interessant äußerte sich auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Die Bologna-Reform dürfe nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der Appell zu mehr Demokratisierung oder der Protest gegen die Ökonomisierung der Bildung erinnerte die HRK-Präsidentin Wintermantel „sehr an frühere ideologische Auseinandersetzungen“ und erschienen ihr daher „zur Lösung gegenwärtiger Herausforderungen unbrauchbar“. Ah ja.

Wenigstens ehrlich war Landeswissenschaftsminister Peter Frankenberg. Er sagte: „Für einen Bildungsstreik gibt es in unserem Land wirklich keinen Anlass“. Punkt. Dass er sich nicht mit den Anliegen auseinandersetzen möchte, macht er zumindest deutlich, ohne ein vermeintliches Verständnis vorzuspielen.

Abschließend bleibt eigentlich nur zu fragen: war der Bildungsstreik ein „ideologisch höchst einseitiger und rechtsstaatlich äußerst fragwürdiger Aktionismus“ (Lehrerverband)? Ging es letztendlich „nicht um die Sache, sondern um Gewalt, die gegen jeden und alles ausartet“ (RCDS)? Wird der „Aktionismus des so genannten Bildungsstreiks schnell verpuffen und ohne langfristige Wirkungen bleiben“ (Philologenverband)? War er gar ein „Wahlkampfereignis der Linken“ (CDU)? Ein Blick in das Medien-Echo, Gespräche mit Menschen auf der Straße und der nun angestoßene Diskurs an Schule, Hochschule und in Politik über unser Bildungssystem zeigen: Karrieristen in Studierendenverbänden und Besitzstandswahrer in der Politik wurde auf rechtsstaatlichem und demokratischem Wege gezeigt, wie unbegründet ihre Kritik an einer der größten Bildungsbewegungen war und ist.

von Michael Kolain

Abrissbirne

Trampelnde Kapazitäten machen unser Leben kaputt
Gebiete ein Halt wo es blühte in freien Denkgungen
Diese Hygiene ist Schnellbeton auf Zeit
und meine Armut lebenslänglich

Saure Böden und ein karges Mahl
mit Anstand zum Brötchengeber hin
mit Belag auf der Zunge zu verspeisen

Diese Säge ist in allen unseren Köpfen
und der unserige Ast[a] bereits/bald ab, auf
bis zur vollgläubigen Entwunderung!

Kilian Seiterich

IMPRESSUM...
der UNiMUT-
Zeitung an der Uni
Heidelberg
Nr. 2009/05
vom 02. Juli 2009
Redaktion:
Nina Marie
Bust-Bartels (nbb)
Janina Reibold (jr)
Yannick Zundl (yz)
Layout:
Janina Reibold
Auflage 3000
Unidruckerei
Wir ermutigen
ausdrücklich dazu,
LeserInnenbeiträge zu
verfassen, die uns per
eMail an unimut@
urz.uni-heidelberg.de
zugeschickt
werden können.
Für namentlich ge-
kennzeichnete Beiträ-
ge ist der/die VerfasserIn
verantwortlich.
Die Redaktion behält
sich Kürzungen nach
Rücksprache und
orthographische
Dienstleistungen ohne
Rücksprache vor.
Unterstützt von der
FachSchafKtKonferenz
Albert-Überle-Str 3-5
69117 Heidelberg
Tel. 06221-542456
eMail: unimut@urz.
uni-heidelberg.de